

Original dans
 Copie pour

LEGATION OF SWITZERLAND

WASHINGTON 8, D. C.

" "

" "

VERSCHAERFUNG DES NATIONALEN UND INTERNATIONALEN
 KAMPFES GEGEN DEN KOMMUNISMUS

Es wird heute nicht mehr bestritten, dass die psychologisch und taktisch falsche Bagatellisierung der Kommunistenfrage eine der Ursachen der Niederlage der Demokraten in den Wahlen vom November 1952 war. Bei dieser Bagatellisierung spielte vielfach das Argument eine Rolle, dass es sich bei den kommunistischen Umtrieben und Infiltrationen, im grossen und ganzen gesehen, um Einzelfaelle handelte. Abgesehen davon, dass angesichts der Methoden und der Unerbittlichkeit kommunistischen Vorgehens auch Einzelfaelle grosse Gefahren in sich bergen koennen und es dabei auf den Ort und die Art der Infiltration ankommt, ist die Zahl der Zweifelsfaelle und "Betriebsunfaelle", wenn man laengere Zeitabstaende in Betracht zieht, gar nicht so unbedeutend. Laut offiziellen Angaben haben z.B. im Rahmen der im amerikanischen Bundesdienst in den Jahren 1947 - 1951 angestrebten 17'343 Loyalitaetsverfahren ca. 2000 Personen waehrend der Untersuchungen bzw. vor der Urteilsfaellung seitens der zustaendigen Aemter den Bundesdienst verlassen, was von gewissen Kritikern dahin aufgefasst wurde, dass in vielen dieser Faelle in bezug auf die Sicherheit und Loyalitaet genuegend Verdachtsmomente vorlagen, um eine Untersu-



chung als angezeigt erscheinen zu lassen. Im Rahmen dieser Erhebungen ergab sich eine beträchtliche Zahl von Entlassungen. Unter 207 Entlassungen, die von einem speziellen Komitee fuer die einzelnen Departemente spezifiziert wurden und bei denen u.a. Sicherheitserwaegungen eine Rolle spielten, war das Aussenministerium mit 106 Faellen vertreten und stand somit an der Spitze. In andern Departementen und Regierungsinstanzen erreichte bei dieser speziellen Erhebung die Zahl der Entlassenen 6 - 7. In drei Departementen lag die Zahl zwischen 10 und 20 : 16 im Handelsdepartement, 19 in der ECA-Verwaltung und 12 im Innenministerium. Dazu kamen 213 Faelle freiwilligen Austritts. Als Vorsichtsmaassnahme bei Personen, die den Regierungsdienst in der genannten Zeitperiode verlassen haben, bevor das gegen sie eingeleitete Verfahren abgeschlossen war, sind mehr als 2000 Personen vorgemerkt worden, bei deren ev. Wiederanmeldung zum Bundesdienst das frueher nicht abgeschlossene Verfahren weiterzufuehren waere.

In letzter Zeit ist, abgesehen von weiteren Einzelfaellen im Aussenministerium, insbesondere die Infiltration in der UNO Gegenstand von Untersuchungen geworden. Es wurde dabei die Loyalitaet von 53 in der UNO-Verwaltung beschaeftigten Amerikanern in Frage gestellt, wobei auch Mitglieder, die hoehere Stellen bekleideten, die Beantwortung der Frage verweigerten, ob sie Kommunisten, Mitlaeufer der Kommunisten oder sogar Spione seien. In einem Unterkomitee des Repraesentantenhauses wurde in dieser Angelegenheit u.a. auch der Aussenminister der Truman-Verwaltung, Acheson, einvernommen, der waehrend seiner Amtszeit sein Departement gegen alle Angriffe energisch in Schutz nahm, diesmal jedoch allerlei Zugestaendnisse machen musste. Die

Frage "Glauben Sie, dass unser nationales und internationales Interesse und Prestige geschädigt worden ist, weil illoyale amerikanische Staatsbürger in der UNO Schlüsselstellungen bekleideten" beantwortete Acheson mit einem bestimmten Ja, wobei er allerdings bestritt, dass dadurch die Sicherheit der USA tangiert wurde: "Denken Sie bitte nicht, ich wolle mich dafür einsetzen, dass diese Leute in der UNO sind. Ich lehne die gegebene Sachlage ebenso entschieden ab wie Sie, und wir tun unser Bestes, diese Leute aus der UNO zu entfernen." In einem Memorandum des Aussenministeriums sind zu Beginn des Jahres, also noch unter demokratischer Verwaltung, mehr als 30 frühere und jetzige amerikanische Beamte der UNO aufgeführt worden, die als Personen bezeichnet werden, "von denen man annimmt, dass sie Kommunisten seien oder kommunistischer Disziplin unterstehen." 11 dieser Personen standen noch zu Beginn des Jahres im Dienste der UNO. Dass dadurch die Sicherheit der USA nicht tangiert werde, ist von verschiedenen Seiten, so im Parlament, bestritten worden.

Was die Gewerkschaften betrifft, so handelt es sich bei der kommunistischen Infiltration tatsächlich um Einzelfälle, d.h. darum, dass verschiedene Verbände unter kommunistischer Leitung stehen, während es unter den Mitgliedern nur eine verschwindende Zahl von Kommunisten gibt. Man darf jedoch in diesem Zusammenhang die Frage aufwerfen, ob angesichts der stark zentralistischen Verwaltung der Gewerkschaften in USA nicht gerade dieser Umstand erschwerend ist und es weniger gefährlich wäre, wenn es unter den Mitgliedern einige kommunistische Elemente gäbe, während

die Leitung freigewerkschaftlich orientiert ist und auf dem Boden der Demokratie steht. Das Problem ist natuerlich dadurch nicht aus der Welt geschafft worden, dass der Bund der Industrieorganisationen (CIO), der hauptsaechlich von der Infiltration betroffen wurde, in den Jahren 1949/1950 ca. 10 unter kommunistischer Leitung stehende Verbaende mit einem Mitgliederbestand von ca. 1 Million ausschloss. Wenn auch einzelne dieser Organisationen inzwischen an Bedeutung verloren haben, zaehlen sie insgesamt doch noch Hunderttausende von Mitgliedern, die der Leitung die Treue halten und fuer wirtschaftliche Zwecke bereitstehen, wobei zu beruecksichtigen ist, dass es oft leicht ist, politische Absichten mit wirtschaftlichen Zielen zu maskieren, was in einigen Faellen bereits vorgekommen ist. Ein Teil dieser ausgeschlossenen Gewerkschaften stellen auch deshalb eine grosse Gefahr dar, da sie Arbeiter umfassen, die in Industrien beschaeftigt sind, wo sich Stoerungen im Rahmen der Deckung des militaerischen Bedarfs oder bei einer ev. politischen Gefaehrdung des Landes besonders empfindlich auswirken wuerden : Elektroindustrie, Bergbau (Kupfer), oeffentliche Dienste, Nachrichtenwesen, freie Berufe usw. Wenn sich bis jetzt noch keine grossen Schwierigkeiten ergeben haben, so vor allem deshalb, weil die Kommunisten, die politisch in den letzten Jahren an Boden gewaltig verloren haben, ihre Stuetzpunkte in den genannten Gewerkschaften nicht ohne Not aufs Spiel setzen wollen.

Obwohl die Gewerkschaften gegen die zu einem grossen Teil aus allgemeinen politischen und persoenlichen Zweckmaessigkeitsgruenden und ueberdies mit aeusserst

fragwuerdigen Mitteln gefuehrte Kampagne von Leuten wie McCarthy entschieden Stellung nehmen, sind sie sich andererseits auch der nicht zu leugnenden Gefahren der Bagatellisierung der Kommunistenfrage deutlich bewusst. Gerade ihre langjaehrigen praktischen Erfahrungen mit den Kommunisten machen sie vorsichtig und lassen sie warnende Worte an jene zahlreichen gutglaebigen Naiven und wohlmeinenden Intellektuellen und "liberals" richten, die immer wieder auf die mannigfachen psychologischen und politischen Tricks des Krenl hereinfliegen. So hat der gegenueber Linkselementen allgemein grosszuegige CIO auf seinem letzten Kongress, der besonders scharf gegen die Umtriebe der Leute um McCarthy und McCarran Stellung nahm, eine Resolution ueber die innere Sicherheit angenommen, in der es u.a. heisst : "Einige Leute, deren Bekenntnis zur Demokratie ehrlich und tief ist, haben trotzdem infolge von Unkenntnis und Mangel an Weitblick auf die Bedrohung unserer Institutionen durch die Sowjets in einer Weise reagiert, die gerade diese Institutionen, die sie zu schuetzen suchen, gefaehrdet." Das Parlament wurde eingeladen, die Sicherheitsgesetze des Landes neuerdings zu ueberpruefen und zu revidieren. Auch der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) hat eine diesbezugliche Entschliessung angenommen, in der insbesondere vor Massnahmen gewarnt wird, auf Grund deren "in der lobenswerten Absicht der Vermeidung kommunistischer Infiltration in den Gewerkschaften" gerade neue Schwierigkeiten geschaffen werden.

Die Entschliessung des CIO ist nach den Novemberwahlen 1952 angenommen worden. Es spricht aus ihr eine

gewisse Besorgnis in bezug auf das weitere Vorgehen in der Kommunistenfrage. In der Tat besteht die Gefahr, dass der falschen Bagatellisierung der Kommunistengefahr seitens der Truman-Verwaltung eine ebenso falsche Ueberbetonung der antikommunistischen Aktion seitens der republikanischen Verwaltung folgen wird. Bereits in den ersten Tagen der Wirksamkeit des neuen Parlaments sind Anstrengungen gemacht worden, um vermehrte finanzielle Mittel fuer die verschiedenen Untersuchungskommissionen zu schaffen, ihre Wirksamkeit zu erweitern, neue Instanzen ins Leben zu rufen usw. Das Komitee fuer auswaertige Angelegenheiten des Senats hat in seiner ersten Sitzung beschlossen, dass im Falle der hoeheren Beamtens des Aussenministeriums, vom Hilfssekretaer bis zum Botschafter, vor der Bestaetigung in ihrem Amt gruendliche Untersuchungen vorgenommen werden sollen. Es wurde ein neues Komitee errichtet, das u.a. die Auswirkung "totalitaerer Methoden der Spionage und Sabotage sowie umstuerzlerischer Umtriebe auf die amerikanische Aussenpolitik untersuchen soll". Die schon im vergangenen Jahr eingeleiteten Bestrebungen, die Todesstrafe fuer Spionage aller Art/~~wisz~~ ~~den Einzufuehrung~~ sind wieder aufgenommen worden. Die Bekämpfung kommunistischer Umtriebe ~~in der~~ ~~Regierung~~ soll zu einer der wichtigsten Aufgaben des Komitees fuer auswaertige Angelegenheiten werden. Alle in Regierungsdiensten stehenden Personen mit Beamtenstatus sollen amerikanische Staatsbuerger sein oder ein Bekenntnis zu den Institutionen und grundlegenden Prinzipien der amerikanischen Demokratie ablegen. Das Abhoren von Telephongespraechen, das bis jetzt verboten war, sodass auf diese Weise beschafftes wichtiges Belastungsmaterial legal nicht anerkannt wurde und deshalb

in schwerwiegenden Faellen Leute nicht haftbar gemacht werden konnten, die offensichtlich die Sicherheit des Landes schaedigten, soll bei Spionagefaellen erlaubt werden. Der Einblick von parlamentarischen Instanzen in belastendes Material von Regierungsinstanzen, dem ex-Praesident Truman prinzipiellen Widerstand entgegengesetzte, soll in Zukunft gestattet werden: "Es ist eine traurige Tatsache, dass waehrend der letzten Jahre die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und dem Parlament auf diesem Gebiet in den meisten Faellen nur von einer Seite erfolgte, d.h. dass es lediglich die parlamentarischen Kommissionen waren, die der Regierung Auskuenfte erteilten."

Auch die kommunistische Infiltration in den Gewerkschaften soll Gegenstand neuer Untersuchungen werden, so insbesondere im Falle der Gewerkschaften, die Arbeiter in Ruestungsbetrieben organisieren. Es sei katastrophal, feststellen zu muessen, dass gerade die Gewerkschaften solcher Betriebe zum Teil kommunistisch angesteckt oder geleitet seien. In diesem Zusammenhang wird auf die bekannte Ortsgruppe 600 von Detroit (Ford) des dem CIO angeschlossenen Verbandes der Arbeiter der Autoindustrie aufmerksam gemacht, ferner auf eine Gruppe von Autoarbeitern in Chicago, die der "kleine Kreml" genannt wird, endlich auf die "unabhaengige" (d.h. kommunistische) Organisation der Elektroarbeiter sowie eine Gruppe in der Konservenindustrie.

Die vom Taft-Hartley-Gesetz vorgeschriebene Verpflichtung, dass sich eine Gewerkschaft nicht der behoerdlichen Instanzen fuer die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern bedienen kann, wenn die Fuehrer nicht

die Versicherung abgegeben haben, dass sie nicht der Kommunistischen Partei angehören und keine subversiven Absichten verfolgen, wird als ungenuegend betrachtet, da sich die Erklaerung nur auf den Tag der Abgabe bezieht und sich somit "eher zugunsten der Kommunisten auswirkt". Gewisse Kreise verlangen deshalb ihre Abschaffung, andere wollen den Eid beibehalten und ihn dadurch ergaenzen, dass in jeder Gewerkschaft gruendliche Erhebungen darueber angestellt werden, ob ihre Fuehrer Kommunisten sind oder nicht : "Die Mitglieder der Gewerkschaften der USA sind meistens durchaus loyal und national gesinnt. In vielen Faellen ist sich jedoch das Gewerkschaftsmitglied nicht klar darueber, dass sein Verband wegen der Interesselosigkeit der Mitglieder gegenueber den Geschaeften der Gewerkschaften der Gefahr der Infiltration durch die Kommunisten ausgesetzt ist." Im Senatskomitee fuer Arbeit und oeffentliche Wohlfahrt, das sich schon im vergangenen Jahr mit der Frage der Gefaehrung der Gewerkschaften durch kommunistische Umtriebe befasste, hat der damalige Arbeitsminister Tobin verschiedene Ergaenzungen der "National Labor Relations Act" betreffend die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorgeschlagen, die darauf hinausliefen, dass Personen, die nach dem 1. Januar 1949 Mitglieder der Kommunistischen Partei gewesen sind, keine Aemter als Gewerkschaftsfunktionaere bekleiden sollten. Ferner sollten die in der National Labor Relations Act enthaltenen Bestimmungen gegen unehrliche Praktiken in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dahin ergaenzt werden, dass kollektivvertragliche Verhandlungen mit einer von Kommunisten beherrschten Organisation als eine gesetzlich verbotene unehrliche

Handlung bewertet werden. (Damit waeren insbesondere auch jene Unternehmer getroffen worden, die aus taktischen Gruenden mit kommunistisch orientierten Organisationen verhandeln.)

Die AFL hat damals gegen solche Massnahmen ihren Einspruch erhoben, und zwar hauptsaechlich wegen der praktischen Wirkungslosigkeit eines solchen Vorgehens. Die Erfahrungen mit artverwandten Bestimmungen der in Kraft stehenden Gesetze sind meistens schlecht gewesen. Dies gilt auch fuer derartige Bestimmungen des im Jahre 1951 zur Annahme gelangten McCarran-Gesetzes, das man als eigentliches Staatsschutz-Gesetz bezeichnen kann und das u.a. die Registrierung der kommunistischen Organisationen und ihrer Fuehrer, Einzelheiten ueber die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel usw. vorschreibt. Die Durchfuehrung dieser Bestimmungen hat sich weitgehend als unmoeglich erwiesen, teils wegen unklaren Formulierungen und teils deshalb, weil sie von den Leuten, die ihnen haetten nachleben sollen, einfach ignoriert wurden. Die Erzwingung ihrer Einhaltung setzt ueberdies ein so kompliziertes und langwieriges Verfahren voraus, dass das Gesetz bei einem solchen Vorgehen seinen Sinn und Zweck verliert.

Die Auseinandersetzungen ueber das im Dezember 1952 in Kraft getretene McCarran/Walter-Einwanderungsgesetz stehen zum Teil ebenfalls im Zeichen des Kampfes gegen den Kommunismus. Dem unter Leitung von Ph. Perlman und Rosenfield unterbreiteten Bericht einer seitens der Truman-Verwaltung eingesetzten Kommission wird u.a. vorgeworfen, dass er teilweise unter kommunistischen Einfluessen zustande kam. Es wird als bedenklich bezeichnet, dass in diesem Bericht

die Aufhebung des Quotensystems verlangt wird, das seit langer Zeit traditionell dem Einwanderungswesen der USA und damit dem strukturellen Aufbau der Bevölkerung zugrunde liegt. Die Erhöhung der jährlichen Gesamtquote um ca. 100'000 (von ca. 150'000 auf 250'000) und der Vorschlag, dass in den nächsten drei Jahren innerhalb dieser Quote pro Jahr je 100'000 Nummern für politische Flüchtlinge, displaced persons usw. reserviert werden sollen, ferner die Milderung der von diesem Gesetz vorgesehenen schärferen Kontrolle an der Grenze usw. wird von gewissen Kreisen als eine direkte Bevorzugung unerwünschter Elemente betrachtet, was schon daraus hervorgeht, dass die kommunistische Presse einen systematischen und scharfen Kampf gegen das Gesetz führt. Ein Senatskomitee habe, so sagte McCarran, nach Veröffentlichung des Berichtes der Truman-Kommission, in den Jahren 1949 und 1950 festgestellt, dass unter der Leitung Rosenfelds, der Mitglied der Kommission für displaced persons war, "Hunderte von Subversiven, Kriminellen und Zehntausende von andern, nicht zur Einwanderung berechtigten Personen unter dem Deckmantel der displaced persons nach USA gelangten". E. Walter, der Mitbegründer des McCarran/Walter-Gesetzes, ging sogar so weit, den Verfassern des Berichtes der Truman-Kommission vorzuwerfen, dass sie zu ihren Schlüssen und Empfehlungen auf Grund von Aussagen von "berufsmässigen Einwandereragenten" und "professional Jews" gelangten.

Auf politischem Gebiet wird neuerdings das Verbot der Kommunistischen Partei verlangt, ja es ist kürzlich sogar ein Gesetz eingereicht worden, demzufolge umstürzleri-

schen Parteien die Moeglichkeit genommen werden soll, bei Wahlen Kandidaten aufzustellen, irgendwelche Namen auf Wahl- listen zu setzen oder "die Wahl fuer irgendein Regierungs- amt der Vereinigten Staaten sicherzustellen". (Bei Zuwider- handlungen waeren Gefaengnisstrafen von 10 Jahren und Bussen bis zur Hoehe von \$25'000.- bzw. beide Strafen vorgesehen.) Auch bei den Massnahmen auf diesem Gebiet geht es mehr um die Umtriebe kommunistischer Fuehrer und Agenten als um die Kontrolle der Parteimitglieder, die sehr schwer zu definie- ren und zu fassen sind. Wenn man die sog. Fortschritts- partei (Progressive Party), unter deren Unterstuetzung Henry Wallace im Jahre 1948 beträchtliche Erfolge erzielte, sowie die American Labor Party, die New Yorker Organisation der Progressive Party, als kommunistisch betrachtet, so ging die Zahl der Stimmen, die diese beiden Organisationen auf sich vereinigten, von 1'157'172 (2,4% der Gesamtstimmen- zahl) im Jahre 1948 auf 140'296 (0,2%) zurueck. Als Partei spielen die Kommunisten kaum mehr eine Rolle, hingegen sind ihre Fuehrer, die Ziele auf weitere Sicht verfolgen, immer- hin so offen taetig, dass sie erfasst werden koennen und auch verurteilt werden, wobei das Strafmass auf 5 Jahre Ge- faengnis und Bussen bis zu \$10'000.- lautet. Soeben sind von einem Geschworenengericht 13 "second string"-Kommunisten, d.h. Fuehrer der zweiten Garnitur, verurteilt worden. Sie treten in die Fusstapfen von 11 Fuehrern der ersten Garni- tur, die vor 3 Jahren verurteilt wurden. War jedoch die erste Garnitur wirklich die erste, und kann man nicht an- nehmen, dass der zweiten Garnitur weitere Garnituren fol- gen werden ?

Die Anklage lautet in solchen Faellen im Gegensatz zu den Ausfuehrungen vieler Kritiker dieser Formel nicht erst seit der McCarran Act, sondern seit der Annahme der Einwanderungsgesetze in den Jahren 1917 und 1918 dahin, dass die Angeklagten versuchten, gewaltsam die Regierung zu stuerzen oder in Wort und Schrift irgendwie in dieser Richtung zu arbeiten. Die Angeklagten versuchen bei solchen Prozessen meistens, sich darauf hinauszureden, dass sie mit friedlichen Mitteln arbeiten oder die gesetzlich erlaubte Wirksamkeit zugunsten eines Regierungs- oder Regimewechsels ohne gewisse Gewaltmassnahmen gar nicht zum Ziele fuehren koenne.. Die Verurteilung der oben genannten 13 Kommunisten ist denn auch auf Grund des Kriteriums des gewaltsamen Sturzes der Regierung erfolgt.

Bei der heutigen politischen Lage und da die Kommunisten zu immer raffinierteren, unuebersichtlichen und nur schwer erfassbaren Taktiken und Methoden uebergehen, muessen alle Gesetze und Verordnungen als ein Notbehelf erscheinen. Sie haben hauptsaechlich prophylaktischen Charakter. Die Kommunisten koennen nur schwer erfasst, hingegen koennen sie und ev. Zuzueger eingeschuechtert werden. Wie es die Kommunisten je nach der politischen und psychologischen Lage immer wieder mit neuen Schlichen versuchen, zu ihrem Ziel zu gelangen, so muessen die Demokratien immer wieder neue Mittel und Methoden in Erwaegung ziehen, um den Kommunisten das Feld nicht freizugeben und es nach Moeglichkeit und in der Hoffnung auf guenstige Umstaende einzudaemmen.

Von diesem Gesichtspunkt aus muss man den kuerzlich im amerikanischen Senat zum Ausdruck gebrachten Wunsch betrachten, ueber die nationalen Grenzen hinaus eine Ver-schaerfung des Kampfes gegen den Kommunismus zu bewirken. Senator Wiley, der in der neuen Verwaltung in verschiedenen einschlaegigen Kommissionen eine betraechtliche Rolle spielt, hat sich im Hinblick auf die schlechten Erfahrungen, die man in USA gemacht hat, "wo ungluecklicherweise infolge der Naivitaet der Verwaltung die hoechsten Geheimnisse durch Leute wie Julius und Ethel Rosenberg gestohlen worden sind", wandte sich nach diesbezuglichen Ausfuehrungen im Senat an die breitere Oeffentlichkeit.^{gewandt.} Wiley machte darauf aufmerk-sam, dass der "internationale Kommunismus das Handwerk der Spionage in einem Grade vervollkommnet hat, wie ihn die Geschichte noch nicht kannte". "Die Weltgeschichte seit 1945 beweist, dass die interne kommunistische Spionage und Sabotage Bedrohungen groessten Ausmasses darstellen, und zwar nicht nur fuer die Sicherheit der USA, sondern fuer die Sicherheit jedes einzelnen der freien Laender der Welt." Senator Wiley setzt sich deshalb dafuer ein, dass "die USA, Grossbritannien, Kanada, Frankreich und alle andern freien Laender ihre Gesetze ueber Verrat, Spionage und umstuerzle-rische Umtriebe an hohen Stellen ueberpruefen und schaefer-fassen. Verbrechen der genannten Art gehoeren nicht zu den harmloseren Waffen des internationalen Kommunismus. Es sind Instrumente fuer die Zerstoerung der westlichen Zivi-lisation". "Ich habe das Gefuehl, dass z.B. die Ge-setze der USA hoffnungslos schwach und veraltet sind. Man denke nur an die Tatsache, dass unser Geheimdienst den

Bundesgerichten nicht belastendes Material gegen fremde Spione unterbreiten darf, das auf Grund des Abhorchens von Telefongespraechen beigebracht wird." "Es ist kein Wunder, dass die Russen ueber uns lachen und uns als schwach und blind betrachten, dass sie hoffen, mit den toerichten westlichen Demokratien fertig zu werden." "Die verschiedenen parlamentarischen Komitees, d.h. die Permanente Untersuchungs-Subkommission des Senats, das Komitee des Repraesentantenhauses fuer unamerikanische Umtriebe und das Komitee des Senats fuer die interne Sicherheit haben umfangreiches Material ueber die kommunistische Infiltration in hohen Stellen beigebracht. Wie sich diese Instanzen auf unstuertzlerische Umtriebe im Lande selber konzentrieren, so sollte sich das Komitee fuer auswaertige Angelegenheiten, ohne dass dabei Ueberschneidungen einzutreten brauchen, mit solchen Umtrieben im Weltmassstab befassen. Fortlaufende Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit. Wir sind nicht wachsam gewesen, indem wir die kommunistische Infiltration in der UNO erlaubten, wir waren nicht wachsam in Yalta, Teheran und Potsdam. Wir muessen heute und in Zukunft wachsam sein !" In diesem Sinne wandte sich auch der neue Aussenminister Dulles an das Personal seines Ministeriums und des Aussendienstes. Er setzte sich fuer "positive Loyaltaet" ein und sagte u.a., "dass heute weniger nicht geduldet werden kann". "Die uns ueberbuerdeten schweren Verantwortungen verbinden uns. Wir stehen an der Frontlinie der Verteidigung der vitalen Interessen der USA, die Angriffen der politischen Kriegfuehrung ausgesetzt sind, die in ihren Zielen so feindlich und so gefaehrlich ist wie

der offene Krieg." "Es wird periodisch noetig sein, in unserem Departement und im Aussendienst Anpassungen vorzunehmen, sodass wir unseren Verantwortungen am besten gerecht werden und unser Ziel erreichen koennen. Dies wird mit aller Ruecksicht geschehen, die die jeweilige Lage gestattet, die Wohlfahrt des Landes kommt jedoch vor persoenlichen Ruecksichten."

Den 23. Januar 1953.
Rb/Ba.